

Erklärung von 2022 über resiliente Demokratien

Elmau, 27. Juni 2022

Wir, die Staats- und Regierungschefs Deutschlands, Argentiniens, Frankreichs, Indiens, Indonesiens, Italiens, Japans, Kanadas, Senegals, Südafrikas, des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Europäischen Union, bekräftigen unsere Entschlossenheit, die Resilienz unserer Demokratien zu stärken und auf gerechte, inklusive und nachhaltige Lösungen für globale Herausforderungen hinzuarbeiten, einschließlich Klimawandel und COVID-19-Pandemie, und erneuern unser Bekenntnis zur regelbasierten internationalen Ordnung.

In Kenntnisnahme der Erklärung von Carbis Bay über offene Gesellschaften aus dem Jahr 2021 und in Anerkennung der dramatischen Veränderungen, die sich seither im Hinblick auf die geopolitische Lage ergeben haben, sowie der erheblichen Bedrohungen für die demokratischen Systeme überall auf der Welt halten wir unerschütterlich an unserem Bekenntnis fest, Frieden, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, menschliche Sicherheit und Geschlechtergerechtigkeit zu verteidigen, so wie im Völkerrecht – einschließlich der Charta der Vereinten Nationen – anerkannt, und rufen unsere internationalen Partner auf, sich uns in diesen Bemühungen anzuschließen. Wir erkennen die Bedeutung der in den einzelnen Staaten geltenden nationalen Gesetze und sonstigen Vorschriften an, welche die Grundsätze und Werte der Demokratie fördern. Wir würdigen all jene, die mutig die demokratischen Systeme verteidigen und sich Unterdrückung und Gewalt entgegenstellen, und werden die internationale Zusammenarbeit verstärken, um die Resilienz demokratischer Gesellschaften weltweit zu erhöhen. Wir verpflichten uns dazu, mit Partnern auf internationaler Ebene auf Frieden und Wohlstand hinzuwirken, und werden uns für Fortschritte auf dem Weg hin zu einer gerechten Welt einsetzen, denn gemeinsam sind wir stärker.

Globale Verantwortung: Demokratien als verlässliche Partner

Als Demokratien sind wir bestrebt, eine regelbasierte internationale Ordnung zu fördern, die territoriale Unversehrtheit und Souveränität anderer Staaten zu achten, die in der VN-Charta verankerten Grundsätze zu wahren und zu verteidigen, die friedliche Beilegung von Konflikten zu unterstützen und der Androhung oder Anwendung von Gewalt jeglicher Art, die nicht im Einklang mit dem Völkerrecht steht, entgegenzutreten, die Menschenrechte

zu schützen, multilaterale Institutionen zu stärken, um globale Herausforderungen zu bewältigen, und Technologien im Einklang mit demokratischen Grundsätzen zum Nutzen der Menschheit zu entwickeln und zu nutzen. Indem wir diese Werte teilen, sind wir gemeinsam stärker und verpflichten uns dazu,

- die Demokratie weltweit sowie freie und faire Wahlen zu unterstützen, auch durch Wahlhilfe;
- partnerschaftlich den Klimawandel zu bekämpfen, die Zerstörung der Umwelt und den Verlust der biologischen Vielfalt zu verhindern, Klimafinanzierung zu mobilisieren und eine gerechte, ausgewogene und sozial integrative Agenda des Wandels zu unterstützen, eine geordnete, faire und gerechte Energiewende unter Berücksichtigung von Energiesicherheit, einzelstaatlichen Entwicklungsschwerpunkten und Erfolg versprechenden sowie erschwinglichen Technologien zu gewährleisten und im Vorfeld der 27. Vertragsstaatenkonferenz der VN-Klimarahmenkonvention (COP 27) eng zusammenzuarbeiten;
- die Ernährungssicherheit zu verbessern, um Hungersnöte zu verhindern, und durch die Gewährleistung widerstandsfähiger Energieversorgungsketten auf Energiesicherheit hinzuwirken, wobei in diesem Zusammenhang auf die Initiative der Globalen Krisenreaktionsgruppe der VN verwiesen wird;
- weiterhin abgestimmte Anstrengungen zur Überwindung der COVID 19-Pandemie zu unternehmen, die Verteilung und Herstellung von Impfstoffen sowie die globale Gesundheitsarchitektur mit Blick auf künftige Gesundheitskrisen zu verbessern, wobei der Weltgesundheitsorganisation (WHO) eine Schlüsselrolle zukommt;
- Korruption, illegale Finanzströme, organisiertes Verbrechen, Cyber-Kriminalität und andere illegale Aktivitäten zu bekämpfen, auch durch verbesserte Transparenz in Bezug auf wirtschaftliches Eigentum;
- für einen freien, fairen, nichtdiskriminierenden, regelbasierten und nachhaltigen Handel einzutreten, globale Ungleichheiten abzumildern, Lebensstandards anzuheben, offene und widerstandsfähige Volkswirtschaften aufrechtzuerhalten sowie das multilaterale Handelssystem zu stärken, unter anderem durch eine Reform der Welthandelsorganisation (WTO);
- Bemühungen zu unterstützen, die auf nachhaltige Lösungen für die steigende weltweite Staatsverschuldung dringen, insbesondere für Schuldner in Not innerhalb des gemeinsamen Rahmens der G20 zum Umgang mit Schulden über die Initiative zur Aussetzung des Schuldendienstes hinaus, wobei weiterhin zusätzliche Lösungen für gefährdete Länder ausgelotet werden sollen, auch für Länder mit mittlerem Einkommensniveau;
- globale Ungleichheiten und Ausgrenzung, die sich während der Pandemie verschärft haben, zu bekämpfen, integrative Strategien zugunsten eines Wiederaufschwungs zu verfolgen sowie unsere Bemühungen zu verstärken, die Ziele für nachhaltige

Entwicklung der Agenda 2030 zu verwirklichen, wobei die Mittel zur Umsetzung gestärkt und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben gefüllt werden sollen, auch mittels Förderung gleichberechtigter Partnerschaften durch die G20-Initiative „Compact with Africa“ und ebenso unter Berücksichtigung der Bemühungen der G7 um Infrastrukturinvestitionen.

Umfeld von Informationen: Demokratien zur Verteidigung eines offenen und pluralistischen Diskurses

Demokratien ermöglichen einen offenen gesellschaftlichen Diskurs, unabhängige und pluralistische Medien sowie einen freien Informationsfluss online und offline, wodurch Legitimität, Transparenz, Verantwortung und Rechenschaft sowohl für Bürgerinnen und Bürger als auch für Mandatsträgerinnen und -träger gefördert werden. Wir sind bereit, diese Grundsätze zu verteidigen, und entschlossen,

- das Recht auf freie Meinungsäußerung und Meinungsfreiheit online und offline zu schützen und eine freie, unabhängige Medienlandschaft zu gewährleisten, und zwar durch unsere Zusammenarbeit mit einschlägigen internationalen Initiativen;
- ein offenes, freies, globales, interoperables, zuverlässiges und sicheres Internet zu gewährleisten;
- die Cyberresilienz der digitalen Infrastruktur zu erhöhen, auch durch die Verbesserung und den Austausch von Wissen über Cyberbedrohungen und die Ausweitung der Zusammenarbeit bei der Cyberabwehr;
- hybriden Bedrohungen entgegenzuwirken, insbesondere der Manipulation von Informationen und ihrer Beeinflussung, einschließlich Desinformation;
- zusammenzuarbeiten, um der Manipulation von Informationen entgegenzuwirken, korrekte Informationen zu fördern und weltweit für unsere gemeinsamen demokratischen Werte einzutreten;
- den erschwinglichen Zugang zu unterschiedlichen Quellen mit verlässlichen und vertrauenswürdigen Informationen und Daten sowohl online und offline zu unterstützen, auch durch einen von vielen Akteuren getragenen Ansatz sowie durch Stärkung der digitalen Kompetenz;
- die Transparenz in Bezug auf Maßnahmen von Internetplattformen zur Bekämpfung gewalttätiger, extremistischer und hetzerischer Inhalte im Internet im Einklang mit dem Appell von Christchurch (Christchurch Call to Action) zu erhöhen.

Zivilgesellschaft: Demokratien schützen und fördern offene und pluralistische zivilgesellschaftliche Räume

Demokratien schaffen und schützen die Grundlagen für freie und lebendige zivilgesellschaftliche Räume, die bürgerschaftliches Engagement und politische Teilhabe ermöglichen und fördern, was wiederum echte Legitimation, Kreativität, Innovation sowie soziale Rechenschaft und Verantwortung begünstigt. Wir verpflichten uns dazu,

- die Freiheit, Unabhängigkeit und Vielfalt zivilgesellschaftlicher Akteure zu schützen, gegen Bedrohungen des zivilgesellschaftlichen Raums Stellung zu beziehen und die Vereinigungsfreiheit sowie das Recht auf friedliche Versammlung zu achten;
- die Widerstandsfähigkeit gegen böswillige Einflussnahme aus dem Ausland und grenzüberschreitende Repression zu stärken, die darauf abzielen, das Vertrauen in Regierungen, die Gesellschaft und die Medien zu untergraben, den zivilgesellschaftlichen Raum zu beschneiden und kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen;
- Programme zum Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern sowie von all jenen, die Korruption aufdecken, voranzubringen;
- die akademische Freiheit zu fördern und den Stellenwert von wissenschaftlicher Erkenntnis und Forschung im demokratischen Diskurs zu stärken;
- den zivilgesellschaftlichen Raum zu schützen, eine transparente, verantwortliche, alle Seiten einbeziehende und Teilhabe ermöglichende Regierungsführung zu wahren, auch durch die Förderung einer uneingeschränkten, gleichberechtigten und wirksamen Beteiligung von Frauen am zivilgesellschaftlichen und politischen Leben und der Wahrnehmung von Führungsaufgaben durch Frauen in diesen Bereichen.

Inklusion und Gleichstellung: Demokratien fördern gleichberechtigte Einbeziehung

Demokratien fördern Solidarität und ein diskriminierungsfreies, vielfältiges, gerechtes, barrierefreies und integratives Umfeld, in dem alle in fairer Weise einbezogen werden und politische Teilhabe möglich ist. Wir verpflichten uns dazu,

- Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit zu schützen und den interreligiösen Dialog zu fördern;
- den sozialen Zusammenhalt, die Solidarität und die Einbeziehung aller Mitglieder der Gesellschaft innerhalb und außerhalb des Internets zu fördern und gleichzeitig alle Formen von Diskriminierung und Gewalt zu verurteilen;
- die Geschlechtergerechtigkeit und die Mitgestaltungsmacht aller Frauen und Mädchen zu fördern, auch durch Unterstützung des Zugangs zu Bildung für Mädchen sowie durch

Einbeziehung der Geschlechterperspektive in allen Politikbereichen (Gender Mainstreaming);

- die uneingeschränkte, gleichberechtigte und wirksame Beteiligung und Einbeziehung all jener zu gewährleisten, die gefährdet sind.

Wir begrüßen die Bemühungen und Initiativen der deutschen G7-Präsidentschaft und von Partnern zur weiteren Stärkung der Resilienz der Demokratien im Geiste dieser Erklärung.